Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 95 (2001)
Heft: 11

Rubrik: Zeichen der Zeit : "Uneingeschränkte Solidarität"?

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

«Uneingeschränkte Solidarität»?

Aus dem «Krieg gegen das Böse» ist ein böser Krieg gegen Afghanistan geworden. Er ist so sinnlos wie die Attentate vom 11. September, durch nichts zu rechtfertigen, nicht durch Recht und Ethik, ja nicht einmal durch die militärische Logik. Widerstand ist angesagt, auch gegen das Ansinnen der Gedankengleichschaltung von Schröder & Co.

Der Krieg in Afghanistan

Am 7. Oktober hat die *Bombardierung* sog. strategischer Ziele in Afghanistan begonnen. Der «Erfolg» ist bislang ausgeblieben. Zumal niemand richtig zu wissen scheint, was die Anti-Terror-Koalition mit ihrem Krieg gegen eines der ärmsten Länder der Welt überhaupt will. Statt diese Frage zu beantworten oder sie auch nur zu stellen, wiederholt George W. Bush seine Gebetsmühle vom Guten, das da gegen das Böse kämpfe, und verbindet sie mit der Durchhalteparole: «Wir werden siegen.»

Siegen über wen? Über die *Attentäter* vom 11. September? Aber wer sagt, dass sie sich in Afghanistan aufhalten? Und selbst wenn Bin Laden der Drahtzieher wäre, könnte seine Festnahme nicht herbeigebombt werden. Siegen über den *Terrorismus?* Aber dieser hängt doch nicht an der Person des Bin Laden, dem, wenn er ausgeschaltet würde, nur andere selbsternannte Racheengel nachfolgen würden. Zum Sieg über den Terrorismus müsste dem Herrn Bush eine Ursachenbekämpfung einfallen, an deren Anfang seine eigene Politik im Nahostkonflikt stünde. Siegen über die *Taliban?* Obschon die US-Kampfflugzeuge ihrem Regime alles weggeschossen haben, was nach militärischen Anlagen aussieht, erweist es sich laut einem Pentagon-Sprecher als unerwartet «robuster Gegner». Und was bedeutete dieser Sieg, wenn eine weniger menschen- und insbesondere frauenverachtende Regierung nicht entfernt in Sicht ist? Etwa gar Sieg der Nord- und Mord-Allianz, die jetzt schon Kindersoldaten für den Marsch nach Kabul ausgebildet hat? Also Siegen über *Afghanistan?* Immerhin behauptet die US-Regierung das Gegenteil, der Krieg gelte dem Regime, nicht dem Volk.

Aber vielleicht hat Herr Bush ganz anderes im Sinn, z.B. die Sicherung der *Öl- und Gasvorkommen in Zentralasien.* Nicht umsonst verhandelte die amerikanische Ölgesellschaft Unocal mit den Taliban über eine Pipeline aus Zentralasien durch Afghanistan nach Pakistan (statt durch Russland oder Iran). Dann hätte Bush seine Anti-Terror-Allianz so raffiniert eingefädelt, dass wir wenigstens nicht länger an der Intelligenz des obersten Kriegsherrn zweifeln müssten.

So oder anders, der Zweck heiligt nicht die *Mittel dieses Kriegs,* der genauso blindwütig daher zu kommen scheint wie sein Auslöser am 11. September. Die Meinung, die USA könnten das Taliban-Regime in die Knie bomben und die Zivilbevölkerung schonen, ist leere Propaganda. Genauso wie der Abwurf von Lebensmittelrationen als «Nahrungsgeschenk des Volkes der Vereinigten Staaten». Was sind schon täglich 37'000 Tagesrationen bei sechs Millionen Menschen, die von Hunger und Mangelernährung bedroht sind. Tatsache ist, dass die «Kollateralschäden» zunehmen. Zunehmen wird auch das Flüchtlingselend. Weil die Grenze zu Pakistan ge-

sperrt ist, können schon heute die Flüchtlinge nicht raus und die Helfer nicht rein. Was geschieht erst, wenn der Winter die Gebirgspässe unpassierbar macht?

Die blinde Wut, die sich in Rhetorik und Konzeptlosigkeit der US-Administration offenbart, ist zur Zeit die wohl grösste Gefahr. Die Spirale von *Terror und Gegenterror* wird immer grausamere Formen annehmen. Auch der staatliche Terror wird nicht schon dadurch besser, dass er unter den Flaggen der einzigen verbliebenen Supermacht und ihres britischen Vasallen ausgeübt wird. So wird Terrorismus nicht überwunden, sondern immer neu geschürt. Unheimliche Anschläge mit Milzbrandsporen bringen es an den Tag. Bin Laden soll auch schon über waffenfähiges Uran verfügen. Dieses bedroht uns alle, mit oder ohne diesen «Gotteskrieger».

Zunehmen wird der *Hass auf die USA* nicht nur innerhalb von Bin Ladens al Qaida, sondern in der ganzen arabischen Welt. «Wir wissen nicht, wer die Amerikaner in New York und Washington umgebracht hat, aber wir wissen, wer jetzt die Afghanen umbringt», erklärt ein religiöser Führer der Exil-Afghanen (Spiegel, 29.10.01). Was bedeutet dieser Krieg für die arabische Welt, wenn er auch noch im heiligen Fastenmonat Ramadan fortgesetzt wird? Das Szenario, dass die Völker gegen die Regime aufstehen, die sich gegenüber den US-amerikanischen Interessen an Öl- und Gasvorkommen willfährig zeigen, wird immer wahrscheinlicher.

Wo stehen Recht und Gerechtigkeit?

Vom *Völkerrecht,* das solche Rache- und Vergeltungsakte verbietet, spricht in diesen Tagen kaum jemand. Zusammen mit der Wahrheit gehört es zu den ersten Opfern des Krieges. Beides hängt zusammen. Die Lüge liegt in der Unterstellung, dass die Anschläge vom 11. September als *«Kriegsakt»* beurteilt werden müssten, der die Selbstverteidigung nach Art. 51 der UNO-Charta rechtfertigen würde. Von einem Kriegsakt kann aber nur schon deshalb nicht die Rede sein, weil es sich bei den Tätern nicht um Staaten, sondern um nichtstaatliche Gruppierungen handelt. Darum lässt sich der 11. September auch nicht mit dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor 1941 vergleichen, wie die präsidiale Kriegsrhetorik glauben macht. Vergleichbar ist die Untat vielmehr mit dem Anschlag des Timothy McVeigh in Oklahoma 1995 oder mit den Anschlägen auf die beiden US-Botschaften in Kenia und Tansania. Dass die Selbstmordattentate vom 11. September an Brutalität und Wirkung alle bisherigen Terrorakte übertreffen, macht rechtlich gesehen aus dem privaten Terror noch keinen Krieg. Zur Anwendung käme deshalb nicht Art. 51 der UNO-Charta, sondern u.a. die Montreal-Konvention von 1971, die Terroranschläge gegen die Zivilluftfahrt ahndet.

Auch der *Sicherheitsrat* spricht seit seiner Resolution vom 12. September von einem terroristischen Anschlag und nicht von einem bewaffneten Angriff, der die Selbstverteidigung rechtfertigen könnte. Anders als im Golfkrieg hat der Sicherheitsrat die Anti-Terror-Allianz auch nicht «ermächtigt», diesen Krieg zu führen. Dass die *Nato* sich ebensowenig um das Völkerrecht kümmert wie die US-Regierung und erstmals in der Geschichte den *Bündnisfall* ausruft, macht die Sache nicht besser. Die US-Regierung hat sich zwar um ein Mandat des Sicherheitsrates bemüht, es aber nicht erhalten. Am 7. Oktober teilte der amerikanische UNO-Botschafter John Negroponte dann dem Sicherheitsrat mit, dass die USA ein Recht auf Selbstverteidigung in Anspruch nähmen. UNO-Charta hin oder her – auch wenn er das diplomatischer ausdrückte.

Kommt hinzu, dass für die Täterschaft Bin Ladens bis heute *keine schlüssigen Beweise* vorliegen. Und wenn es sie gäbe, müsste eigentlich die Unschuldsvermutung gelten, bis er von einem unabhän-

gigen Gericht seiner Schuld überführt würde. Nach der erwähnten Montreal-Konvention hätten die USA das Verfahren gegen Bin Laden in Verhandlungen mit den Taliban eröffnen sollen. Dazu sagte der renommierte US-amerikanische Völkerrechtler *Francis Boyle* am 31. Oktober zum «Spiegel»: «Vor dem 11. September hat die US-Regierung ja auch mit den Taliban über eine Auslieferung Bin Ladens verhandelt wegen der Anschläge auf die US-Botschaften in Afrika und wegen der inhaftierten Shelter-Now-Mitarbeiter. Die Taliban waren damals bereit, Bin Laden an ein islamisches Land auszuliefern und auf Basis der islamischen Scharia anzuklagen. Nach dem 11. September machten sie weitere Konzessionen: Bin Laden könnte an ein neutrales Land ausgeliefert werden. Sie bestanden nicht mehr länger auf einem islamischen Gerichtsverfahren, forderten aber Beweise. Die Taliban haben sich an die Anforderungen des internationalen Rechts gehalten, Bush leider nicht» (www.spiegel.de/politik/ausland).

Natürlich wäre der künftige *Internationale Strafgerichtshof* die richtige Instanz, um Osama Bin Laden den Prozess zu machen. Noch fehlen 20 der insgesamt 60 nötigen Unterschriften, die den 1998 in Rom verabschiedeten Vertrag über diesen Meilenstein in der Geschichte des Völkerrechts in Kraft treten liessen. Noch wird der Internationale Strafgerichtshof aber auch offen sabotiert: z. B. von den USA, vereint mit «Schurkenstaaten» wie Irak und Libyen.

Es mag vielleicht länger dauern, bis ein mutmasslicher Täter wie Bin Laden gefasst ist, aber nur ein Gericht kann die zivilisierte, eines Rechtsstaates würdige Antwort auf das Verbrechen vom 11. September sein. Sonst werden Staaten selber Terroristen, wodurch sie dem Terrorismus eine Referenz erweisen, die diesen weit mehr fördert als verhindert. Mit dem Krieg gegen Afghanistan hat sich die Anti-Terror-Allianz auf die *Ebene der Attentäter* begeben.

«Kadavergehorsam»

Widerstand ist angesagt. Vor allem in jenen Staaten, die sich am Krieg gegen Afghanistan in irgendeiner Form beteiligen. Er regt sich denn auch, nicht zuletzt innerhalb der *sozialdemokratischen und grünen Parteien,* die wenig mit der «uneingeschränkten Solidarität mit den USA», anfangen können, wie sie von Schröder bis Blair vertreten wird. «Solidarität» ist ja wohl kaum ein tauglicher «Grundwert» zur Legitimation von Streubomben, brennenden Lagerhäusern und verwundeten Kindern. Die *IG Metall* wagt es sogar, der deutschen Bundesregierung ihren «blinden Kadavergehorsam gegenüber Amerika» vorzuwerfen. Auch das gute Abschneiden der *PDS* bei den Berliner Wahlen hat damit zu tun, dass sie als einzige «Friedenspartei» um junge Wählerinnen und Wähler werben konnte. Zur Strafe darf sie, wenn es nach Schröder geht, keine Koalition mit der SPD eingehen. Das ist umso grotesker, als selbst moralische Autoritäten wie *Kofi Annan*, der *Dalai Lama* und der *Papst* das Ende dieses Krieges fordern. Ähnliche Auseinandersetzungen gibt es in Grossbritannien und in Frankreich. In Feigheit üben sich dagegen die wichtigsten *Medien in den USA*. Sie halten gar ihre Nachuntersuchung der Präsidentschaftswahl in Florida unter Verschluss. Aus «Patriotismus», wie es heisst.

Es kommt noch schlimmer: Das mangelnde rechtsstaatliche Bewusstsein nach aussen findet seine Entsprechung im Innern. Mit *Antiterrormassnahmen* wird in Europa wie in den USA ein repressives, zutiefst undemokratisches Klima von Angst und Verdächtigungen geschaffen. Auch in der Schweiz, wo der *Fichenstaat* wieder Urständ feiert oder feiern möchte. Im Moment haben die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes immerhin *ein* gutes Mittel, um den aufrechten Gang zu üben: die Zustimmung zu den beiden Friedensinitiativen der Gruppe «Schweiz ohne Armee» am 2. Dezember. •